

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM, einschließlich Zustagen
Anzeigen: Die viergesaltene 65 mm breite Korpusseite oder
deren Raum 20 W., die 86 mm breite Reklame- oder Ein-
landsseite oder deren Raum 40 Wfa. — Bei zwangsweiser Ein-
treibung erlischt der Anspruch auf ein Wiederholungsrecht.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Ortschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: F. A. Kunsch, Altenberg — Verantwortliche Schriftleitung: Flora Kunsch, Altenberg — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheck Dresden 11811 — Giro Altenberg 11

Nr. 39

Sonnabend, den 2. April 1932

67. Jahrgang

Der zweite Wahlgang in einer Woche

Morgen mittags Ende des Osterburgfriedens

Morgen Sonntag mittags 12 Uhr endet der durch Notverordnung angeordnete Osterfriedens; es können von diesem Zeitpunkt an wieder öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden; auch ist die öffentliche Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften politischen Inhalts wieder erlaubt, allerdings mit der Einschränkung, daß alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorherigen Kenntnismahme mitgeteilt werden müssen, die in irgendeiner Art, also auch durch die Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden sollen.

Drei Kandidaten für den zweiten Wahlgang

Berlin, 1. April.

Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ist gestern nacht um 12 Uhr abgelaufen. Es sind drei Wahlvorschläge, nämlich: von Hindenburg, Hitler und Thälmann eingereicht worden, die vom Reichswahlleiter zugelassen worden sind.

Ein Vorschlag Hugenberg's für die Preußenwahlen findet wenig Gegenliebe

Der Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Dr. Hugenberg, hatte für die Preußenwahlen folgenden Vorschlag gemacht:

„Es gibt eine Anzahl von Parteien in Deutschland, die heute im Lande nur wenig Menschen hinter sich haben. Wenn sie für die bevorstehenden Preußenwahlen eigene Listen aufstellen, wird im Lande nahezu niemand bei diesen Parteien zu Abgeordneten gewählt werden, weil im einzelnen Wahlbezirk die erforderliche Stimmenzahl von 50000 Stimmen nicht erreicht wird. Es entsteht dann die Gefahr, daß jede derartige Partei den Verlust von mehreren 100000 bürgerlichen Stimmen verursacht. Bei den bevorstehenden großen Entscheidungen wäre dieses Verfahren eine so schwere Verfündigung am Volk, daß schon wegen dieser Gefahr niemand einer Partei seine Stimme geben kann, die das tut.“ Hugenberg weist sodann darauf hin, daß bei den Plänen, die fraglichen Parteien zu einer „bürgerlichen Mitte“ zusammenzuschließen, nichts herauskomme, und fährt fort: Es fragt sich, ob es nicht angängiger und zweckmäßiger wäre, zu sagen: Laßt sich nicht ein Abkommen folgenden Inhalts mit den Parteien treffen: Die Reststimmen der betreffenden Parteien kommen, da sie mangels der entsprechenden Stärke sonst im Lande verloren sein werden, auf die deutschnationale Liste. Es wird sichergestellt, daß auf dieser eine entsprechende Anzahl von geeigneten Vertretern der fraglichen Parteien stehen und in den Landtag kommen.

Das Landvolk gegen Hugenberg

Geheimrat Hugenberg hat, wie die „Landvolknachrichten“ schreiben, seinen bekannten Vorschlag, die bürgerlich-nationale Rechte bei den Preußenwahlen auf der Landesliste der Deutschnationalen zu vereinigen, in einem zweiten Artikel kommentiert und erläutert. An diesem zweiten Artikel sei, so bemerken die „Landvolknachrichten“, abgesehen von den Sammlungsbestrebungen, besonders bemerkenswert die angekündigte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und die Schärfe, mit der sich Geheimrat Hugenberg sachlich von seinen ehemaligen Harzburger Freunden ablehnt. Hugenberg gehe so weit, daß er selbst von einem „neuen Harzburg der gemeinsamen politischen Arbeit“ spricht und damit offen zugibt, daß die alte Harzburger Front endgültig begraben ist.

Weiter sagen die „Landvolknachrichten“: Auch wenn man jetzt den guten Willen zur Sammlung der bürgerlich-nationalen Rechten auf deutschnationaler Seite voraussetzen

kann, so geht es doch nicht an, daraus wiederum ein Privileg der deutschnationalen Parteiführung zu machen und diejenigen, die man sammeln will, in die Rolle von Hospitanten zu verweilen. Eine Möglichkeit, daß der Vorschlag Hugenberg's noch während der Preußenwahl irgendwelche konkrete Formen annehmen könnte, sehen die „Landvolknachrichten“ noch in keiner Weise.

Weitere Abfragen

Die Deutsche Volkspartei hat eine Erklärung an die Presse gegeben, in der es heißt: Herr Hugenberg könne völlig unbesorgt sein, denn die Stimmen der volksparteilichen Wähler würden auf ihren Wahlkreislisten und auf dem Landeswahlvorschlag voll zur Geltung kommen.

Die Reichsleitung des christlich-sozialen Volksdienstes hat beschlossen, daß der Volksdienst allein und ohne jede Bindung an andere Parteien in den preußischen Wahlkampf eintritt.

Der Führer der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Großke, äußerte sich dahin, daß abgesehen von der technischen Unmöglichkeit der Durchführung des Hugenbergvorschlags, ein derartiges Ansuchen in Form eines offenen Briefes von der Wirtschaftspartei abgelehnt werde.

Hugenberg an die Nationalsozialisten

Der Deutsche Schnelldienst verbreitet einen Artikel Dr. Hugenberg's „Das neue Harzburg“, in dem es heißt: So wie die NSDAP seit Oktober die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein. In den Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl habe ich zusehen müssen, wie deutlich sichtbar ein Fehler nach dem andern gemacht wurde. Ich habe seinerzeit einen „Reichsausgleich“ für das deutsche Volk“ zur Bekämpfung des Youngplanes auf die Beine gestellt. Ich habe die nationale Opposition im Oktober 1931 in der sog. Harzburger Front nochmals vereinigt. Eine Woche später haben sich die Nationalsozialisten schon wieder aus ihr entfernt. Aber sie blieb in den Herzen der Menschen im Lande ebenso bestehen wie in mir. Die Nationalsozialisten mögen sagen, was sie wollen — nach einer Zeit des Raufens und Lärmens werden sie schließlich genötigt sein, sich an einem neuen Harzburg der gemeinsamen politischen Arbeit zu beteiligen.

Wahlbündnisse der Mittelparteien

Die Wirtschaftspartei hat für die bayrischen Landtagswahlen ein Wahlbündnis mit der Deutschen Volkspartei abgeschlossen. Beide Parteien werden für die bayrischen Landtagswahlen gemeinsam Listen aufstellen. Man nimmt an, daß sie zur Erweiterung dieses Wahlbündnisses die Verhandlungen mit der Staatspartei und dem Christlich-sozialen Volksdienst fortführen.

Die Deutsche Volkspartei hat ferner für die Preußenwahlen ein Wahlbündnis mit der Volksrechtspartei für Aufwertung abgeschlossen. Die Wahlbündnisverhandlungen zwischen Wirtschaftspartei und Landvolk sind noch im Gange.

Landtagsöffnung erst Ende April

Die nächste Sitzung des Sächsischen Landtags dürfte aller Voraussicht nach erst Ende April stattfinden. Den Beschluß darüber wird der Ältestenrat zwischen dem 10. und 17. April fassen. Die ursprüngliche Absicht, den Landtag bereits Mitte April wieder zusammenzurufen, hat man mit Rücksicht auf die zweite Reichspräsidentenwahl und den Ausgang des Volkstschreides fallengelassen.

Für den freiwilligen Arbeitsdienst

In einem von der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei eingebrachten Antrag wird die Regierung eruchtet, dem Landtag umgehend Pläne über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten vorzulegen und hierbei in erster Linie vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasserschäden sowie Meliorationen ins Auge zu fassen.

Londoner Viermächtekonferenz Mitte nächster Woche

Das englische Außenministerium teilt amtlich mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaikonferenz interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder Donnerstag. Der französische und der italienische Botschafter, die am Donnerstag im Außenministerium vorsprachen, haben das Einverständnis ihrer Regierungen bereits übermittelt.

Wie zu dieser Londoner Meldung in Berlin verlautet, hat auch die Reichsregierung dem genannten Zeitpunkt zugestimmt.

Fällt England in der Tributfrage um?

Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner sozialistischen „Daily Herald“ sagt, die englischen Minister, die noch vor zwei Monaten erklärten, daß die Dinge nicht so bleiben könnten wie sie seien, hätten nunmehr entschieden, daß es unmöglich sei, in der Tributfrage etwas zu tun. Der Schatzkanzler sei jetzt der Ansicht, daß die Lausanner Konferenz nur das für Deutschland gültige Moratorium um sechs Monate verlängern und sich dann vertagen solle, wobei er die Hoffnung habe, daß sich nach den amerikanischen Wahlen eher etwas erreichen lasse. Tardieu werde am Montag bei seinen Londoner Besprechungen mit größtem Vergnügen hören, daß jeder Gedanke einer Revision des Youngplanes oder einer Streichung der Tribute fallengelassen worden sei. Einen solchen englisch-französischen Vorschlag könne jedoch Deutschland nicht annehmen, da eine Verlängerung der bisherigen Abmachungen die zukünftigen deutschen Verpflichtungen nur noch erhöhen würde. Die Lage in Deutschland verschlechterte sich von Tag zu Tag. — Der Nachrichtenendienst Reuter ist von amtlicher Seite ermächtigt worden, die im „Daily Herald“ veröffentlichten Meldungen als unwahr zu erklären, daß die britische Regierung bei der Lausanner Konferenz lediglich ein neues Moratorium vorschlagen werde.

Politische Umschau

Bereinfachung der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung hat eine „Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung“ bekanntgegeben. Am Rechte der Versicherten nimmt die Verordnung nur geringfügige Änderungen vor und beschränkt sich auf eine Neuregelung im Verhältnis des Vorstandes zum Aufsichtsrat. Wesentliche Grundsätze des Gesetzes werden dadurch nicht angetastet, auch wird dadurch keine grundsätzliche Änderung in der Organisation der drei Unterstützungsarten vorgenommen. Der Vorstand der Reichsanstalt ist in Zukunft nicht mehr eine neben dem Verwaltungsrat bestehende Körperschaft eigener Zusammensetzung, sondern wird aus den Beisitzern des Verwaltungsrates selbst gebildet. Gleichzeitig wird die Zahl der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder herabgesetzt und die Zahl der Tagungen auf das unbedingt nötige Maß beschränkt.

Polnische Spionage in Ostpreußen. Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist der Oberlandjäger Borlowitz in Wittenberg bei Tharau, der seit acht Jahren in Ostpreußen Dienst als Oberlandjäger tut, vor einigen Tagen unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, die Pläne der Festungsanlagen in Königsberg an Polen verraten zu haben. Es ist anzunehmen, daß Borlowitz keine amtlichen Pläne der Festungsanlagen in die Hand bekommen hat, sondern daß er auf Grund seiner artilleristischen Kenntnisse selbst Pläne anfertigte, was ihm dadurch erleichtert wurde, daß er als Oberlandjäger wegen der Nähe seiner Dienststelle zu den sonst verschlossenen